

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

XVII/125

Bonn, den 18. Juni 1962

Vor veröffentlichten in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
-	<u>Die Mauer von Esslingen</u> Symbol der Schandmauer in Berlin	36
- 3a	<u>Aufstiegchancen aller Begabten sichern!</u> Interessante Hinweise auf die Bedeutung einer Initiative der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion Von Dieter Bielenstein	96
4	<u>Dean Rusk</u> Vor seinem Berlin- und Bonn-Besuch	51
- 6	<u>Der Bestarbeiter darf wandern</u> Neue Prager Vorschriften für Besucher des Riesengebirges Von Rudolf Hornig	45
6	<u>"Offene Fragen"</u> Katholische Arbeiterbewegung beunruhigt	20
7	<u>Dialektischer Einbruchsdiebstahl</u> Die hohe Moral des "sozialistischen Realismus" bei Ulbrichts Kriminellen	33

* * * * *
* * *

Chefredakteur Günter Markscheffel.

Die Mauer von Esslingen

Symbol der Schandmauer in Berlin

sy - Die Bürger von Esslingen bei Stuttgart trauten am Morgen des 17. Juni ihren Augen nicht. Die Stadt war auf einer sonst belebten Verkehrsstrasse in der Nacht zum Sonntag durch die Errichtung einer Mauer geteilt worden. Früh um 3 Uhr wurde die Verkehrspolizei alarmiert. Mit Zustimmung des Oberbürgermeisters wurde entschieden: die Mauer bleibt 24 Stunden stehen. Die Verkehrspolizei brachte ein Sperrschild an.

Was war geschehen? Vor etwa 14 Tagen diskutierten junge Menschen in Esslingen über die Frage, wie man den Bundesbürgern begreiflich machen könne, was der 17. Juni und der 13. August wirklich bedeuten. Genügen Gedenkfeiern mit Festansprachen? Können die Bürger der Bundesrepublik allein durch Zeitungsnachrichten über das Geschehen in Berlin aufgerüttelt werden? Einige junge Esslinger Bürger fanden, dass dies alles nicht ausreiche. In der Diskussion tauchte plötzlich die Idee auf, man solle quer durch Esslingen eine Mauer ziehen, eine Mauer, genau nach dem Muster von Ulbrichts Schandmauer in Berlin.

Es wurde kein Beschluss gefasst, aber bald darauf trafen sich einige Teilnehmer an der Diskussion und vereinbarten: die Mauer steht am 17. Juni auf der Strassenbrücke in Esslingen. Dann holten sie Steine und Zement zusammen, sie "organisierten" Wagen und Handwerkszeug. Wenige Stunden vor dem Morgengrauen des 17. Juni stand die Mauer, als Symbol für die Schande Ulbrichts.

Am 17. Juni morgens erhielten die Passanten ein hektographiertes Flugblatt, durch das sie daran erinnert wurden, was in Berlin geschehen ist und was sein würde, wenn auch in Esslingen oder in irgendeiner anderen Stadt der Welt morgen das Gleiche geschähe.

Die Esslinger Bürger haben die in der Nacht zum 17. Juni 1962 von jungen Menschen in ihrer Stadt errichtete Mauer stumm betrachtet. Sie haben nicht gemeutert, und es ist kein Fall bekannt geworden, wo sich Ausflügler darüber beschwert hätten, dass sie nicht durch die gewohnte Strasse einem Ausflugsziel zustreben konnten ...

Das Beispiel von Esslingen ist drastisch. Es hat vielen Menschen geholfen, ihre Gleichgültigkeit zu überwinden; es ist ein Zeugnis dafür, dass junge Deutsche nicht gewillt sind, das Unrecht der Spaltung unseres Vaterlandes teilnahmslos hinzunehmen.

Aufstiegschancen aller Begabten sichern!

Interessante Hinweise auf die Bedeutung einer Initiative
der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Von Dieter Bielenstein

Das 29 Prozent der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik den gewünschten Schulabschluß oder den Besuch einer weiterführenden Schule nicht erreichen konnten, geht aus einer soeben veröffentlichten Repräsentativ-erhebung des DIVO-Meinungsforschungsinstituts in Frankfurt hervor. In 60 Prozent dieser Fälle wurden finanzielle Gründe für den zu frühzeitigen Abbruch der Ausbildung genannt. Hier zeigt sich in nüchternen Zahlen, welche Bedeutung der von der SPD-Fraktion am 15. Mai im Bundestag eingebrachte Gesetzentwurf über Ausbildungsförderung für die Aufstiegschancen des Einzelnen wie für den allgemeinen Bildungszustand und damit auch für unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erlangen kann.

Haben wir eine Bildungsreserve?

Auch zahlreiche andere wissenschaftliche Untersuchungen (jüngerer Datums über Ausnutzung der Bildungsmöglichkeiten, Begabungsreserven und die Sozialschichtung im Bildungswesen deuten darauf hin, daß die wirtschaftliche Lage der sozialen Mittel- und Grundschichten, vor allem kinderreichen Familien, bisher die Verwirklichung der Garantien des Grundgesetzes für Sozialstaatlichkeit und freie Wahl der Ausbildungsstätte verhinderte. Wie Prof. K.V. Müller bereits 1956 nach, daß von 100 Oberschulfähigen nur 35 tatsächlich auf der Oberschule sind. Während aber die Oberschicht fast alle ihre oberschulfähigen Kinder zur höheren Schule schicken kann, kommt es in den Mittelschichten bereits zu erheblichen Ausfällen. Die Arbeiterschaft, die von Grundschicht und gehobener Grundschicht gebildet wird, entsendet nur einen Bruchteil ihrer begabten Kinder auf weiterführende Schulen.

Kein Mangel an Begabten

Jährlich verzerrt zeigt sich das Bild der Kinder aus verschiedenen sozialen Schichten an den Hochschulen und Höheren Fachschulen nach Untersuchungen von Gerhard Kath und R. Fietzmeier. Der geringe Anteil der sozialen Grundschichten an der Studentenschaft, der um 7 Prozent schwankt, erklärt sich also nicht durch den Mangel an Begabten oder eine unzureichende Studentenförderung, sondern durch die vorwiegend wirtschaft-

lichen Hindernisse bereits beim zur Hochschule hinführenden Besuch höherer Schulen. Ein 1959 erschienener Bericht von Helga Schmucker u.a. für den Wissenschaftlichen Beirat des Bundesfamilienministeriums betont schließlich, daß die frühzeitige Erwerbstätigkeit von Kindern als Beitrag zum Familieneinkommen meist auf Kosten der weiteren Ausbildung und damit auf Kosten ihrer Lebens- und Berufschancen geht. Wörtlich:

- * "In Mehrkinderfamilien dürfte die Frage nicht selten sein,
- * daß eines der Kinder eine Berufsausbildung nur dadurch
- * erhalten kann, daß Geschwister auf eine solche Berufsaus-
- * bildung verzichten."

Auch Prof. Friedrich E d d i n g von der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt wendet sich in neuen Untersuchungen dagegen, daß man von den in einem Land oder in einer sozialen Schicht zur Entfaltung gelangten Begabungen auf die überhaupt dort vorhandenen Begabungen schließt.

Vergleich mit anderen Ländern

Daß unsere Begabungsreserven nicht ausgeschöpft sind, daß unser Bildungswesen rückständig geworden ist, zeigt sich an einem internationalen Vergleich des relativen Schulbesuches der 15-19 Jährigen: Während in den USA 66,2 Prozent, in Frankreich 30,8 Prozent der Jugendlichen noch Vollzeitschulen besuchen, sind es in der Bundesrepublik nur 17,8 Prozent. Geringer als bei uns ist der Schulbesuch in Europa nur noch in Jugoslawien, Italien, Österreich, Spanien und Portugal. Zugleich wies Edding aber auch nach, "daß Erziehung als eine Investition betrachtet werden kann, die das Wirtschaftswachstum beschleunigt und gleichzeitig den Lebensstandard erhöht, sowohl in der Gegenwart wie in der Zukunft, und daß Erziehung darüberhinaus allgemeine Wirkungen auf die Produktion, z.B. in Richtung auf eine Produktivitätssteigerung, ausübt." Diese gegenseitige Abhängigkeit von Wirtschaftswachstum und Ausbau des Erziehungswesens war Thema einer OECD-Konferenz im Oktober 1961 in Washington, die zeigte, welche intensiven Anstrengungen für die Erforschung, Planung und Förderung des Bildungswesen noch notwendig sind.

Alles drängt zur Entscheidung

Von ähnlichen Gesichtspunkten ausgehend forderte der Bundestag bereits am 8. April 1959 die Bundesregierung einstimmig, auf einen Entwurf zu einem umfassenden Gesetz über die Gewährung von Berufsausbildungs- und Erziehungsbeihilfen vorzulegen.

- * Doch nichts geschah seitdem, außer daß die Bundesregierung
- * in unfruchtbaren Kompetenzstreitigkeiten zwischen den drei
- * beteiligten Ministerien und durch unzulängliche Ministerial-
- * entwürfe die Vorarbeiten endlos verzögerte. Auch heute kann
- * sie einen Termin für die Vorlage eines Gesetzentwurfs nicht
- * nennen.

Inzwischen drängte jedoch die interessierte Öffentlichkeit auf eine Initiative, da das Dickicht der bisherigen Ausbildungsförderung nach 22 verschiedenen gesetzlichen Grundlagen und zahllosen Rechtsvorschriften und Behördensuständigkeit zu unhaltbaren Zuständen führte. Wohl ist für die Kinder der von Krieg und Kriegsfolgen betroffenen Familien notdürftig gesorgt, doch von einer familiengerechten Mittelstandsförderung kann nicht die Rede sei. Daß sie möglich und sinnvoll ist, zeigte in den letzten Jahren das vom Sozialamt des Bundesstudentenringes entwickelte Modell der Förderung geflüchteter und vertriebener Studenten und darn die allgemeine Studentenförderung mit Stipendien. Doch auch hier fehlt bis jetzt die gesetzliche Grundlage. So haben sich die Gesellschaft für sozialen Fortschritt, der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, die Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk und der Bundesstudentenring wiederholt für eine allgemeine gesetzliche Regelung der Ausbildungsförderung eingesetzt.

Gesetzeslicke muss geschlossen werden

So lange eine solche Regelung fehlt, besteht eine empfindliche Lücke in unserer Rechtsordnung. Diese Lücke zu schließen, wie es jetzt der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion vorsieht, ist ein Gebot, das durch eine familiengerechte Mittelstandspolitik, durch die soziale Gerechtigkeit für den Einzelnen, durch die Sicherung eines weiteren Wirtschaftsaufstiegs wie durch die Normen unseres Grundgesetzes begründet ist.

Dean Rusk

ler. - Dem Aussenminister der Vereinigten Staaten Dean Rusk steht eine strapaziöse Woche bevor. Sein europäisches Reiseprogramm umfasst Begegnungen mit führenden Staatsmännern und Politikern in London, Paris, Berlin, Bonn und Lissabon, und die Themen, die zu behandeln sind, umreißen den ganzen vielschichtigen Komplex der amerikanischen Berlin-, Deutschland und Europapolitik - Grund genug, dieser Reise eine besondere Bedeutung zuzumessen. Berlin steht im Mittelpunkt der amerikanischen Politik, und die Frage, welchen Wert die Sondierungen der Vereinigten Staaten über eine mögliche Berlin-Regelung haben können, hat zeitweise, ausgelöst durch unkluge Bemerkungen des Bundeskanzlers, zu einer tiefen Verstimmung zwischen Bonn und Washington geführt. In Willy Brandt, dem Regierenden von Berlin, findet Dean Rusk einen hochgeschätzten, aufgeschlossenen Gesprächspartner.

Die amerikanische Berlinpolitik steht fest, und wir können ihr vertrauen. Dazu bedarf es nicht täglicher Treueschwüre. Die USA werden nichts unternehmen oder zulassen, was die Lebensfähigkeit Westberlins bedroht, seine Verbindung zur Bundesrepublik gefährdet. Die Suche nach einem Übereinkommen mit der Sowjetunion, das Ulbricht die Möglichkeit nimmt, den Zugang von und zu Berlin willkürlich zu unterbrechen, hat zwar noch keine Ergebnisse errbracht, aber sie hält an. Die USA dürften bis zum äussersten Rand denkbarer Möglichkeiten gehen, und wir tun gut, sie nicht daran zu hindern. Wer die die USA bereit sind, Berlin mit allen Kräften beizustehen, notfalls dafür auch zu kämpfen, hat das Recht, ja sogar die Pflicht, letzte Chancen einer friedlichen Regelung auszuloten.

Zwar nimmt Berlin einen zentralen Rang in den amerikanischen Überlegungen, Sorgen und Zukunftsplänen ein, aber mit dieser Themenstellung ist das Besuchsprogramm Dean Rusks bei weitem nicht erschöpft. Die Vereinigten Staaten sind leidenschaftliche Befürworter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und sehen in ihr eine Vorstufe für eine umfassende europäische Einigung: Diese ist jedoch ohne die aktive Einbeziehung Grossbritanniens und anderer anderer Länder nicht gut vorstellbar. Gewiss, sowohl im offiziellen Bonn als auch in Paris - freilich dort sehr viel weniger überzeugend - wurde der Wunsch Grossbritanniens, sich der EWG anzuschliessen, begrüsst. Gegen heute jedoch allein verbale Bekundungen? Der deutsche Regierungschef denkt hier anders als sein Aussenminister, und wenn es heute noch allein auf Adenauer ankäme, hätten wir sogar statt dem Europa der Sechs nur ein Europa der Drei.

Zu wünschen wäre es schon um unserer lebenswichtigen Bündnisse mit den Vereinigten Staaten willen, dass Rusk während seines Bonner Aufenthaltes nicht verschiedene Versionen der deutschen Europapolitik serviert bekommt und damit die USA irritiert. Das gilt auch für den in der Regierungserklärung enthaltenen Wunsch, die NATO zur vierten Atomkraft zu erheben. Nach der letzten USA-Reise unseres Verteidigungsministers liegt wohl dieses einst mit grosser Energie verfolgte Projekt nun im Grabe. Wiederbelebungsversuche wären zwecklos, würden nur Ärger und Verstimmung bei unserer stärksten Schutzmacht auslösen.

Wir brauchen Klarheit unseres Wollens und unserer Zielsetzungen. Darauf haben die Vereinigten Staaten Anspruch und deshalb kommt ihr Aussenminister nach Berlin und Bonn. Mögen, was Bonn angeht, nicht nach seiner Reise die verschiedensten und einander widersprechendsten Interpretationen erfolgen ...

+ + +

Der Bestarbeiter darf wandern

R.E. Zwischen Warschau und Prag wurde ein neues Abkommen über die Erweiterung des Touristenverkehrs im gegenseitigen Grenzgebiet abgeschlossen. Dieses Abkommen kommt dem Riesengebirge, dem Glatzer Bergland und der Hohen Tatra (zwischen Nordslowakei und Polen) sowie dem in der Nähe gelegenen Arwa-Gebiet zugute. Im vergangenen Jahr haben 115 000 Touristen aus der Tschechoslowakei das heutige Polen besucht, während 162 000 Polen von der Möglichkeit Gebrauch machten, die benachbarten Grenzgebiete der Tschechoslowakei aufzusuchen. Der Grossanteil dieses gegenseitigen (und seit dem Vorjahr bestehenden) Fremdenverkehrs entfiel auf die Hohe Tatra. Um auch dem Riesengebirge auf die Beine zu helfen, wurde jetzt die gegenseitige Besuchszone bedeutend erweitert.

Im Riesengebirge dürfen künftig CSSE-Touristen auch die Umgebung von Hirschberg besuchen und sich im Gebiet von Waldenburg umsehen. Für die polnischen Touristen steht das Vorland des Riesengebirges in Böhmen offen. Genehmigt werden für das Riesengebirge zweimal im Jahr sechs Tage (während der Sommer- und der Wintersaison), man muss die Bons für die Übernachtungen vorher kaufen oder ein Zelt mitnehmen. Ohne Bons oder Zelt lassen einen die Grenzwächter nicht passieren. Prag bewilligt pro Tag 60 Zloty. Im Glatzer Bergland darf jetzt von den CSSR-Touristen auch Glatz besucht werden, von Zakopane aus gibt es eintägige Busfahrten für CSSR-Touristen nach Krakau, Wiliczka (mit Salzbergwerk) und Auschwitz.

Über das gegenseitige Abkommen wird berichtet, dass man "auf Grund der bisherigen Erfahrungen" übereingekommen sei, in Zukunft Kollektivreisen zu fördern. Solche Reisen können Betriebe, Kolchosen (in der CSSR), Ämter oder öffentliche Organisationen arrangieren und dann wird ein gemeinsamer Grenzübertrittschein ausgestellt. Auch gemeinsame Autofahrten sind möglich, denn der Besitzer eines Grenzübertrittscheins kann seine Kinder bis zum Alter von 16 Jahren mitnehmen. Schwierig wird es nur für einen Einzelnen sein, einen solchen Schein zu erhalten.

Nach dem Abkommen wird der individuelle Grenzübertritt nur Bestarbeitern, den Mitgliedern sogenannter Brigaden (die eine Sonderleistung

übernehmen), den Neuerern (mit guten Vorschlägen für die Produktion) und schliesslich den Funktionären in den Betrieben, in den Ämtern und in den Institutionen gewährt. Der Gewerkschaftsausschuss in den Betrieben usw. hat "am Arbeitsplatz darüber zu entscheiden, wer eine Riesengebirgs-wanderung machen darf, oder wer mit seiner Familie in seinem Auto zur Fahrt ins Riesengebirge (jenseits der Grenze) starten kann. Auch bei Rentnern muss der Nachweis erbracht werden, dass sie früher zu den bevorzugten Kategorien gehörten.

In Prag wurde zu dieser Erweiterung des Grenzverkehrs mit Polen betont, dass jetzt auch Menschen, die keinen schweren Geldbeutel haben, eine Auslandsreise werden unternehmen können. Man vergass hinzuzufügen, dass diese Auslandsreisenden auch das "richtige Gesangbuch" in der Tasche haben müssen.

+ + +

"Offene Fragen"

Katholische Arbeiterbewegung beunruhigt

sp - Der Dortmunder Parteitag der CDU hat besonders in der Katholischen Arbeiterbewegung Beunruhigung ausgelöst. Man spürt dort sehr deutlich, dass in Dortmund notwendige Entscheidungen offen geblieben sind und dass vor allem die Rolle des geschäftsführenden Bundesvorsitzenden, Josef-Hermann Dufhues, in keiner Weise geklärt werden konnte. Die "Kettler-Wacht", das Organ der KAB, hat diese Bedenken ganz offen geäußert und davor gewarnt, die Wahl von Dufhues lediglich als eine organisatorische Maßnahme zu betrachten. Die geistig-politische Erneuerung der CDU sei vor-dringlicher, schreibt das KAB-Organ und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass sich Dufhues von d i e s e r Aufgabe nicht abdrängen lassen möge.

Man kann diese "gesunde Unruhe" in der CDU nur begrüßen. Sie reflektiert das grosse Unbehagen darüber, dass diese Partei unter der Führung von Adenauer bisher darauf versichtet hat, ein belebendes Element des Staates zu werden, der laut Grundgesetz ein sozialer Rechtsstaat sein soll. Das Obrigkeitsdenken einer bestimmten Honoratiorenschicht in der CDU, die bewusst oder unbewusst geförderte Identifizierung einer Regierungspartei mit dem Staat, hat zur geistigen Lethargie geführt, die es nun zu überwinden gilt. Die lebendigen Kräfte in der CDU können gewiss sein, dass ihnen jeder aufrichtige Demokrat wünscht, sie mögen das angestrebte Ziel erreichen.

+ + +

Dialektischer Einbruchdiebstahl

P.P. Die Auswirkungen der andauernden Schulung im "sozialistischen Realismus" und im dialektischen Gesellschaftsbewusstsein ist naturgemäss auch nicht an den Kriminellen im Reiche Walter Ulbrichts vorübergegangen.

Gewisse Delikte, wie etwa der Diebstahl von Luxusgütern, haben merklich nachgelassen, weil es keine Luxusgüter mehr gibt, es sei denn für die "Funktionäre" die ohnedies alles dem Volke stehlen. Das Denulziantum ist beseitigt, weil es in den Dienst des Staates gestellt wurde. Auch Mord kommt nur noch ganz selten vor, meist an der Berliner Mauer, dann aber steht er im Dienst der "Sicherheit der Republik".

So ist das "sozialistische" Bewusstsein der Kriminellen soweit angehoben worden, dass für den Rest verbleibender Verbrechen die höchsten Strafen der Welt festgesetzt werden konnten, die Hilde Benjamin wissenschaftlich auf dialektischem Wege erarbeitete.

Vor wenigen Wochen nun kam in Ostberlin ein Volksrichter in arge Verlegenheit. Er hatte einen 18-jährigen Ostberliner zu bestrafen, der in der Karl-Marx-Allee (früher: Stalin-Allee vor der Abstrafung Stalins) in eine grosse volkseigene Buchhandlung eingebrochen war. Eine Putzfrau (jetzt DIAMAT-Raumpflegerin genannt) entdeckte den Jungen morgens, als sie sauber machen wollte. Er sass in tiefem Schlaf über ein paar aufgeschlagenen Büchern.

Das Volksgericht hatte den Sachverhalt gründlich und dialektisch zu prüfen. Handelte es sich um einen Arbeiter- und Bauernstudenten, der im Bildungsdrang eingebrochen war? Nein, denn dieser hätte die SED-Literatur nicht gelesen. Handelte es sich um einen reaktionären, von Studium ausgeschlossenen Jungen der Bourgeoisie, der sich auf diese Weise einen Zugang zum Bildungsgut verschaffen wollte? Dieser wäre nicht über den Büchern eingeschlafen.

Man stellte fest, dass der Bücherdieb über den Reden von Walter Ulbricht eingeschlafen war. Also musste ihn doppelte Strafe treffen: wegen des Einbruchs und wegen der Missachtung der Reden. Der Junge bekam zwei Jahre Gefängnis.